Stand: 13.07.2025 04:23:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4972

"Anerkennung der Leistungen der EZB für Europa - Schutzschirm für Sparerinnen und Sparer aufspannen! Voraussetzungen für eine Europäische Einlagensicherung schaffen - Institutssicherung für Sparkassen und Genossenschaftsbanken erhalten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4972 vom 27.11.2019
2. Beschluss des Plenums 18/5121 vom 27.11.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 27.11.2019

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.11.2019 **Drucksache** 18/**4972**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Harald Güller, Florian Ritter, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Inge Aures, Christian Flisek, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Anerkennung der Leistungen der EZB für Europa – Schutzschirm für Sparerinnen und Sparer aufspannen! Voraussetzungen für eine Europäische Einlagensicherung schaffen – Institutssicherung für Sparkassen und Genossenschaftsbanken erhalten!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Anerkennung der Leistungen der Europäischen Zentralbank (EZB) für Europa, die – trotz der Versäumnisse von Nationalstaaten in der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik – den Euro stärken, den Euroraum zusammenhalten und den Volkswirtschaften positive Impulse geben konnte, sich auf europäischer und nationaler Ebene für einen Rettungsschirm gegen die Auswirkungen von Negativzinsen für Bankkundinnen und Bankkunden, insbesondere Sparerinnen und Sparer einzusetzen, und dem Landtag über ihre Vorschläge und Initiativen zeitnah zu berichten.
2. Die Staatsregierung wird darüber hinaus aufgefordert, sich auf allen Ebenen
   - auch weiterhin für den Fortbestand des Drei-Säulen-Modells im deutschen Bankensektor (öffentlich-rechtliche Banken, Genossenschaftsbanken, Privatbanken) und hierbei in erster Linie für den Erhalt der jeweiligen eigenständigen Institutssicherung bei Sparkassen sowie bei Genossenschaftsbanken
   - und für den europaweiten Abbau von Risiken im Bankensektor, insbesondere für den Abbau ausfallgefährdeter Kredite in den Bankbilanzen und für den Aufbau wirksamer und ausreichender nationaler Systeme der Einlagensicherung als Voraussetzung für ein künftiges Europäisches Einlagensicherungssystem

einzusetzen.

Begründung:

Zu 1.:

Es ist an der Zeit, dass die Staatsregierung den Landtag über ihre konkreten Vorschläge und Initiativen in Kenntnis setzt. Der Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat sich mehrfach in der Öffentlichkeit zu den Negativzinsen der EZB und deren Folgen geäußert. Mitte August hatte er ein Verbot von Negativzinsen gefordert und vorgeschlagen, Einlagen bis 100 000 Euro sollten grundsätzlich von Strafzinsen ausgenommen werden. Er plädierte auch dafür, Sparer für etwaige Negativzinsen zu entschädigen. Der Staat könne den Verbrauchern das Geld etwa über eine steuerliche Geltendmachung zurückgeben. Daher sollte der Landtag umgehend informiert werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bei aller, immer wieder aufflammenden Kritik an der EZB bleibt festzuhalten: Die EZB hat seit Einführung des Euros als Bargeld am 01.01.2002 mit ihrem klaren Kurs den Euro gestärkt, die Euro-Zone erhalten und den Volkswirtschaften positive ökonomische Impulse gegeben. Die Geldpolitik der EZB unter Mario Draghi und auch schon seinem Vorgänger Jean-Claude Trichet war dabei auch eine Reaktion auf die Versäumnisse und Fehler von Staaten der Eurozone in der Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Nicht vergessen werden darf, dass die öffentlichen Haushalte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene in den vergangenen Jahren bei der Finanzierung ihrer Schulden massiv von den niedrigen Zinsen profitiert haben. Mittelbar kommen die niedrigeren Kosten für die Finanzierung bestehender Schulden auch allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute.

Zu 1.:

Das Ziel sollte eine gemeinsame Europäische Einlagensicherung sein, die nationale Verantwortung nicht ersetzt, sondern wirksam ergänzt. Voraussetzungen für eine gemeinsame Europäische Einlagensicherung sind daher der Abbau fauler Kredite bei den Banken, tragfähige nationale Sicherungssysteme und die Wahrung angemessener Fristen, bis diese Voraussetzungen erreicht sind.

Auch wenn es künftig eine gemeinsame Europäische Einlagensicherung – quasi als eine Art Rückversicherung – geben wird, müssen im Krisenfall zunächst wirksame nationale Sicherungssysteme greifen. Unter dieser Voraussetzung ist der Fortbestand der Institutssicherung bei deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht nur gesichert, sondern geradezu erforderlich.

Europäischem Recht zufolge sind derzeit pro Institut für jeden Sparer 100 000 Euro abgesichert. Bislang hat jedes Land einen eigenen Sicherungsmechanismus. Die europäische Bankenlandschaft sollte aber perspektivisch insgesamt krisenfest gemacht werden, um strategische Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen wie den USA oder China abzubauen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 27.11.2019 **Drucksache** 18/**5121**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Harald Güller, Florian Ritter, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt, Inge Aures, Christian Flisek, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**4972**

Anerkennung der Leistungen der EZB für Europa – Schutzschirm für Sparerinnen und Sparer aufspannen! Voraussetzungen für eine Europäische Einlagensicherung schaffen – Institutssicherung für Sparkassen und Genossenschaftsbanken erhalten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Ernst Weidenbusch
Abg. Harald Güller
Abg. Martin Böhm
Abg. Tim Pargent
Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser
Abg. Bernhard Pohl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Negativzins abfedern, Transferunion verhindern - Schutz für Sparerinnen und Sparer in Deutschland (Drs. 18/4953)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)
Anerkennung der Leistungen der EZB für Europa - Schutzschirm für Sparerinnen und Sparer aufspannen! Voraussetzungen für eine Europäische Einlagensicherung schaffen - Institutssicherung für Sparkassen und Genossenschaftsbanken erhalten! (Drs. 18/4972)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Schutz für Sparer in Deutschland - Erlittene Verluste durch negative Zinsen als besondere Werbungskosten qualifizieren (Drs. 18/4973)

(Unruhe)

Wenn Sie so lange Titel formulieren, dann muss ich diese so lange vorlesen. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. – Der erste Redner ist der Kollege Ernst Weidenbusch von der CSU-Fraktion. Bitte schön.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Aus Niedrigzinsen werden, wenn man sie auf die Dauer anwendet, Negativzinsen. Das ist auch

bei uns der Fall, und zwar nicht nur für Einlagen von über 100.000 Euro, sondern auch für Neukunden. Dies stellt in zweifacher Hinsicht große Probleme dar: Es stellt ein großes Problem für die Altersvorsorge vieler Menschen dar, weil in Deutschland und in Bayern das Sparen traditionell ein Instrument der Altersvorsorge ist. Zudem ist es ein großes Problem für zwei von drei Säulen der Kreditwesen-Landschaft, für die Volks- und Raiffeisenbanken und die Sparkassen. Die niedrigen Zinsmargen machen es beiden unmöglich, die dichten Filialnetze und das gute Serviceangebot aufrecht zu erhalten, weil ihnen dafür ausreichend Marge fehlt. Das trifft speziell diejenigen besonders hart, die den direkten Kontakt mit ihrer Bank, mit ihrer Sparkasse suchen, weil in dieser Abwärtsspirale die Filialen geschlossen und die Serviceleistungen abgebaut werden. Die CSU hat dies zum Anlass genommen, in ihrem Dringlichkeitsantrag festzuhalten, dass sie sich auf die Seite der Sparerinnen und Sparer stellt und nicht möchte, dass diese mit Negativzinsen belastet werden, sondern auch weiterhin das Sparen als Instrument der Altersvorsorge nutzen können.

Ich möchte an dieser Stelle etwas zur Einlagensicherung auf europäischer Ebene sagen: 865 Milliarden Euro an faulen Krediten weist die EZB in ihrer aktuellen Tabelle aus. Die Einlagensicherung für diese faulen Kredite zu vereuropäisieren ist der totale Wahnsinn. Von denen entfällt auf Deutschland allenfalls ein marginaler Anteil.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das ist völlig irre!)

Wer so etwas fordert, der muss sich in den Weihnachtsferien bitte Zeit nehmen, das Thema zu Ende zu denken. Denn er handelt gegen sein Land, gegen die Interessen der Menschen in seinem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unser CSU-Antrag geht mit der Situation sehr sinnvoll um. Er zeigt auf, mit welchen Möglichkeiten man arbeiten kann. Darum möchte ich dafür werben, diesem zuzustimmen.

Der SPD-Antrag, lieber Kollege Güller – Harald, du kommst ja nach mir dran. Du tust mir ein bisschen leid, weil der Antrag das volle Paradoxon ist. Im ersten Absatz steht, die Sparer sollen vor Negativzinsen geschützt werden, und im ersten Absatz steht, bei der aktuellen Lage loben wir noch die EZB. Wir loben die EZB für ihr überlegtes Handeln, sprich für diese Negativzinsen, vor denen die Sparer geschützt werden sollen. Im zweiten Absatz wird dann aufgefordert, die Raiffeisen- und Volksbanken und die Sparkassen zu schützen. Das ist paradox und unmöglich.

Die Forderung vom Herrn Scholz wollen wir an dieser Stelle doch auch mal beleuchten.

(Alexander König (CSU): Der hat zurzeit andere Sorgen!)

Der Herr Scholz verheimlicht nämlich, dass er von diesen Negativzinsen massiv profitiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der bayerische Finanzminister auch!)

– Nein, Volkmar! – Die Negativzinsen – haben Sie sich schon mal überlegt, wo die eigentlich landen? – Das Geld ist ja nicht weg; das hat nur jemand anderes. Zunächst einmal hat es die EZB. Sie erwirtschaftet bei einer Gesamtkapitaleinlage von knapp 7,5 Milliarden Euro 2018 ein Gesamtergebnis von 1,6 Milliarden Euro. 21 % Rendite gönnt sich die EZB! Und was passiert mit diesem Ertrag? – Der wird an die Länderzentralbanken verteilt, die entsprechende Anteile haben. Wie viel bekommt der Herr Scholz davon? – 400 Millionen Euro an Negativzinsen, die von unseren Sparern kommen, kassiert der Herr Scholz. Und dann stellt er sich hin und sagt, wir vergemeinschaften die Schulden,

(Christian Flisek (SPD): Das kassiert nicht der Herr Scholz!)

aber wir schonen die Sparer, und das Geld stecke ich trotzdem ein. Das ist paradox. Ihr Antrag ist nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann hat auch die AfD-Fraktion einen Nachzieher geschickt.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Seien Sie mir nicht böse, aber Ihr Nachzieher liest sich wie direkt von der Rechtsvertretung einer privaten Vermögensverwaltung. Sie schreiben zwar drüber, es gehe um Sparer, aber in Ihrem Antrag geht es mit keinem Wort um Sparer. Es kommt noch nicht mal mehr vor. Wen Sie entlasten wollen, wenn man das genau liest, was Sie da machen, das sind die Ultrareichen und die privaten Vermögensverwaltungen. Denn wenn Sie das, was Sie tatsächlich im Text des Titels geschrieben haben, machen, dann führen Sie die negative Einnahmenverrechnung ein für diejenigen, die auf ihren Milliardenvermögen sitzen und sie nur noch verwalten, ohne sie im Sinne der Volkswirtschaft zu investieren. Ich hoffe mal, dass Sie da niemanden kennen, der Ihnen das aufgeschrieben hat. Aber es schaut schon ein bisschen so aus.

(Heiterkeit bei der CSU)

Wenn es den doch geben sollte: Richten Sie ihm bitte aus, wenn er Ihnen schon so einen Antrag schickt, er möge sich entscheiden, ob er denn wirklich besondere Werbungskosten haben will oder negative Einnahmen, weil Sie sich schon in der Einleitung zweimal widersprechen. Ihrem Antrag kann man nicht zustimmen. Ich gebe Ihnen einen guten Tipp: Sie haben namentliche Abstimmung beantragt. Da stimmen Sie am besten selber auch dagegen.

(Heiterkeit bei der CSU – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ein kluger Ratschlag!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank dafür, um diese Zeit erstens noch klarstellen zu können, was die EZB-Politik auch für Deutschland geleistet hat. Ohne die EZB würde es den Euro in seiner heutigen Form nicht mehr geben, würde es Tausende von Arbeitsplätzen in der Bundesrepublik Deutschland nicht geben und hätten sich übrigens Freistaat, Bund und die Kommunen, so Marcel Fratzscher vom DIW, nicht über 45 Milliarden Euro an Kreditzinsen erspart, die wir für Investitionen in diesem Land verwenden können. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD)

Punkt zwei. Selbstverständlich ist es nicht richtig und nicht gut, dass die Volks- und Raiffeisenbank in Fürstenfeldbruck jetzt auch für Einlagen unter 100.000 Euro Negativzinsen erhebt. Das ist falsch, und das gehört gestoppt!

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen wir überlegen, ob man das gesetzlich machen kann oder über andere Möglichkeiten auf Bundesebene. Das steht in unserem Antrag so drin.

Drittens. Zum Thema Einlagensicherung. Natürlich ist es richtig, dass wir in Deutschland erstens unser Dreisäulenmodell aufrechterhalten sollen und müssen und durch eine innerdeutsche Einlagensicherung jede der drei Säulen inklusive der Volks- und Raiffeisenbank Fürstenfeldbruck, die davon profitiert, stärken. Als Zweites müssen wir auf europäischer Ebene regeln, dass die anderen Länder der Europäischen Union ihre Hausaufgaben ebenfalls machen und ihre Kreditinstitute durch ihre nationalen Regelungen so sichern, wie wir das in der Bundesrepublik Deutschland machen.

Wenn das alles erfüllt ist, dann können wir als letzte Auffanglinie über einen Europäischen Einlagensicherungsfonds reden. So wird ein Schuh daraus. Das ist exakt das, was Olaf Scholz tun wird, der heute nach dem Bashing der GRÜNEN offensichtlich euer Lieblingsgegner ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Harald Güller (SPD): Jetzt ist der Angstgegner auf Bundesebene offensichtlich Olaf Scholz.

(Alexander König (CSU): Das ist ja lächerlich!)

Das hat Olaf Scholz gesagt. Da hat er recht. Deswegen ist dem Antrag der SPD zuzustimmen, und die anderen zwei sind selbstverständlich abzulehnen.

(Beifall bei der SPD – Alexander König (CSU): Das war ganz schwach!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU hat plötzlich die Enteignung durch Negativzinsen erkannt. Potzblitz! Und gleich soll es einen Aktionsplan geben, liebe Kollegen. Die Altersvorsorge unserer Bürger schmilzt schon seit Jahren unter dem Joch der EZB und Ihrer Parteienfamilie. Die verantwortet diese miserable Geldpolitik maßgeblich mit.

(Beifall bei der AfD)

Ihr heutiges Erwachen ist so fadenscheinig, wie die Zinsstrukturkurve flach ist.

Unsere Fraktion hat bereits im Mai einen wesentlich fundierteren Antrag auf Drucksache 18/1856 gestellt, um Sparer zu schützen. Und was hat das Altparteienkartell getan? – Im Ausschuss wie im Plenum alles abgelehnt. Lieber in Schönheit irren, als mit den bösen Rechten stimmen. Die Argumente, die gegen unseren Antrag aufgefahren wurden, waren irrlichternd. Kollege König belehrte, sogenannte Negativzinsen seien keine Kapitaleinkünfte, sondern im Grunde genommen Werbungskosten. Hat er

den Antrag überhaupt verstanden? – Darin wurde ja nicht die Anweisung der Finanzverwaltung kritisiert, negative Zinsen als Werbungskosten zu betrachten, sondern die Tatsache, diese nach § 20 Absatz 9 des Einkommensteuergesetzes zu qualifizieren und somit als über den Sparerpauschbetrag abgegolten anzusehen. Wortgenaue Ausarbeitungen zur nötigen Änderung des § 20 wurden belächelt, und der Hinweis, dass 2009 bei Einführung des Sparerfreibetrages an Negativzinsen noch nicht einmal zu denken war, wurde einfach ignoriert.

Nachdem nun Söder vergangene Woche vollmundig einen großen Masterplan angekündigt hat, "wie man die Sparer schützt und von Negativzinsen befreit" – wörtlich –, wird gewiss alles sofort besser. Söders Marsch auf die EZB soll unter Beachtung der Besonderheiten der bayerischen Kreditwirtschaft stattfinden. Aha. Da kann er ja wohl nur die BayernLB und den Notverkauf von 32.000 Sozialwohnungen gemeint haben.

(Beifall bei der AfD)

Bei der EZB sei zu monieren, die Vorsorge der deutschen Sparer werde erheblich erschwert, da es bei den verbreiteten Anlageformen keine Verzinsung gebe, so Ihr Antrag. Söder selbst sagte zur "Passauer Neuen Presse": Wenn ein Verbot von Negativzinsen nicht möglich sein sollte, muss es einen Ausgleich geben. – AfD wirkt. Denn das klingt schon anders als die – Entschuldigung – Unverschämtheiten des Kollegen Fackler, der hier in diesem Haus am 17.07. über mangelnde Gewinnerzielungsabsicht und falsche Geldanlage schwadronierte,

(Zuruf von der CSU)

um Bürgern, lieber Herr Kollege, die steuerliche Anerkennung von Negativzinsen zu versagen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Schwadronieren ist anders!)

Lesen Sie im Protokoll nach; Sie werden vielleicht Ihre eigenen Worte gar nicht mehr erkennen. Wenn ein Bürger 10.000 Euro auf zehn Jahre anlegt, hat er bei 5 % Zinsen

am Ende 16.000 Euro. Bei 1 % werden nur 11.000 Euro daraus, aber bei minus 0,5 % fehlen ihm am Ende 500 Euro. Das ist keine mangelnde Gewinnerzielungsabsicht, Herr Kollege Fackler, das ist für einen Kleinsparer ganz, ganz großer Mist. Wir, die bayerische AfD, sind der Anwalt der Bürger. Unser Antrag sollte schon im Mai die Interessen der Kleinsparer schützen.

(Unruhe)

Sie alle waren es, die den Antrag mit abstrusen Argumenten verhindert haben, aber nur, um sich wenige Wochen später in unserem Gewand als die Heilsbringer zu präsentieren. Zudem packen Sie die Ablehnung der angedachten Verordnung zum Einlagensicherungssystem auf EU-Ebene mit in diesen Antrag hinein. Darüber müssen wir natürlich reden, aber doch nicht in diesem Zusammenhang. Das ist kein En-passant-Thema, das man einfach mal eben so dazupacken kann. Egal, wie eine solche Debatte dann ausgehen mag, eines steht fest: Die Geschichte der Einlagensicherung in Europa geht auf die Richtlinie 94/19/EG zurück. 25 Jahre lang wird schon darüber geredet. Einzig Deutschland, ja, einzig Deutschland, hat für sich eine gute Lösung gefunden. Behalten wir genau diese gute Lösung bei. Wir lehnen Ihren Antrag ab und bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Tim Pargent vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CSU hat einen neuen Sündenbock gefunden: Die EZB ist schuld, dass es den Sparerinnen und Sparern schlecht geht. – Die Story ist einfach, die Negativzinsen der EZB müssen nun an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergereicht werden. Doch wie das so oft mit einfachen Erklärungen ist, so ist es auch in diesem Fall bestenfalls eine verkürzte, eine halbe Wahrheit. Es wird deutlich komplexer, wenn wir uns die Gründe dafür anschauen, warum die EZB überhaupt Negativzinsen fährt. Negativzin-

sen gibt es schließlich nicht aus Spaß. Es werden zu viele Einlagen, zu viel Liquidität, bei der EZB gebunkert und nicht in die Realwirtschaft investiert. Ursache ist also die mangelnde Investitionsnachfrage in der Eurozone und die damit niedrige Nachfrage nach Kapital.

Die expansive Geldpolitik ist und bleibt in der aktuellen Lage das einzige verantwortungsvolle Instrument der EZB, denn sonst droht die Inflation in eine Deflation abzurutschen, und das gibt unserer Konjunktur den Rest. Fazit: Die EZB alleine kann keine Trendwende einläuten, sondern die Nationalstaaten sind gefragt, endlich mehr zu investieren. Die Investitionsquote muss endlich steigen. Die Bundesregierung muss endlich ihren Beitrag leisten, um Wirtschaft und Inflation zu stabilisieren. Wir brauchen ein Investitionspaket in Klimaschutz und Infrastruktur. Die Sparer erhalten jetzt also die Quittung, aber nicht etwa für die EZB-Politik, nein, sie erhalten die Quittung für eine untätige Bundesregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie, liebe CSU, sich jetzt zu den vermeintlichen Retterinnen und Rettern der Sparerinnen und Sparer aufschwingen, dann ist das scheinheilig, weil es über Ihr eigenes Versagen in der Bundesregierung hinwegtäuscht. Ihre Vorschläge doktern dementsprechend auch nur an den Symptomen herum. Ein Verbot von Negativzinsen bei den Banken würde dazu führen, dass die Banken ihre Kontoführungsgebühren erhöhen. Das aber würde doch erst recht die Kleinsparerinnen und Kleinsparer mit den kleinen Konten treffen. Deshalb: Investieren Sie endlich mehr, anstatt hier Scheinlösungen anzubieten.

Wir stimmen dem SPD-Antrag zu, die beiden anderen Anträge lehnen wir ab. Liebe CSU, vielleicht noch einen Beisatz. Ich dachte, Sie wollten nach der Landtagswahl stärker proeuropäisch auftreten und mutiger in die Zukunft schauen. Hier wäre einmal die Möglichkeit gegeben, nicht nur auf die EZB zu schimpfen, sondern mutig voranzugehen für ein geeintes Europa, auch mit einem geeinten Finanzmarkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Weidenbusch angemeldet.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Pargent, haben Sie nicht das Gefühl, dass Sie mit dem, was Sie gerade gesagt haben, die völlig verfehlte Politik südeuropäischer Länder, bei denen es diese Kreditklemme gibt, der Deutschen Bundesregierung vorwerfen? Bei der Bundesregierung gibt es gar keine Kreditklemme. Wir hatten vielmehr eine Steigerung von 4,1 % bei den ausgegebenen Krediten in jedem der letzten fünf Jahre. Sie weigern sich zu sehen, dass die ersten Banken bereits einsteigen und die Konten ihrer Kunden in Dollar führen, weil sie dann nämlich wieder Zinsen zahlen können, anstatt 500 Euro Gebühren zu verlangen. Sie malen hier den Teufel an die Wand für etwas, was niemals durchsetzbar ist.

(Beifall bei der CSU – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Tim Pargent (GRÜNE): Es bleibt aber doch nach wie vor das Problem, dass die deutschen Banken die Liquidität vorhalten und bunkern. Sonst gäbe es keine Negativzinsen auf die Einlagen.

(Unruhe und Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So, und diese Liquidität kommt nicht in Form von Investitionen in der Realwirtschaft an.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist doch das Problem der Negativzinsen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz kurz zu den beiden Themen, die angesprochen sind. Vielleicht schaffe ich es auch, noch etwas zur EZB zu sagen, nachdem mich Herr Kollege Pargent schon so provoziert hat.

Zunächst zum Ausgleich für Negativzinsen. Das haben wir tatsächlich schon einmal auf der Basis eines AfD-Antrags diskutiert. Den Antrag haben alle Fraktionen aus guten Gründen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, abgelehnt. Es hat mich gewundert, dass das Thema später wieder hochgekommen ist. Ich glaube, Herr Söder hat es das erste Mal genannt. Jetzt scheint es ein ganz großes Problem zu werden. Ich fand es interessant, wie unterschiedlich das verarbeitet wurde. Ministerpräsident Söder hat nämlich sofort laut einen staatlichen Ausgleich gefordert. Finanzminister Füracker hat das in den Medien hingegen sehr vorsichtig formuliert und gesagt, er will erst einmal sammeln, analysieren und schauen, welche Möglichkeiten es gibt. – Diese Aussage und das Vorgehen waren mir sehr sympathisch.

Der vorliegende Antrag geht aber bei Weitem nicht so weit. Da steht nämlich nur drin, dass "geprüft" werden soll. Ich weiß nicht, warum wir der Staatsregierung den Auftrag geben müssen, etwas zu prüfen. Auf der anderen Seite frage ich mich, warum man in den Antrag nicht ein paar Ideen hineinschreibt, die man möglicherweise angehen könnte. Ich glaube, es ist klar, dass man den Banken nicht verbieten kann, Negativzinsen zu erheben. Das funktioniert nicht. Mit diesem Antrag suggerieren wir aber, wir wollen dem Bürger helfen, wohl wissend, dass am Schluss gar nichts dabei herauskommt.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema EU-Einlagensicherung: Hier stehe ich voll hinter dem, was Herr Kollege Weidenbusch gesagt hat. Zum jetzigen Zeitpunkt auch nur darüber zu reden, finde ich hoch gefährlich.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich glaube, wir würden wirklich große Gefahr laufen, dass erst einmal unsere Sicherheitstöpfe ausgesaugt und wir dann in Summe als Bundesrepublik Deutschland auch noch ordentlich draufzahlen würden.

Zu den Anträgen im Einzelnen: Der Einlagensicherung bei der CSU würde ich zustimmen, aber was die Negativzinsen anbelangt, ist das für mich zu sehr ein Showantrag, sodass wir diesen Antrag am Schluss ablehnen müssen. Zur AfD möchte ich ergänzend zu dem, was Herr Weidenbusch schon gesagt hat, feststellen: Da werden Fragen gestellt, wie von den Banken bestimmte Informationen erhoben werden. – Schauen Sie in die statistischen Meldungen der Banken, da steht die Hälfte drin. Die andere Hälfte werden Sie aber nicht bekommen, weil das die Banken entweder nicht herausgeben oder weil sie diese Informationen nicht haben. Das finde ich ziemlich aussichtslos.

Zur SPD: Anerkennung der Leistungen der EZB – also beim besten Willen nicht.

(Beifall bei der FDP, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die mögen vielleicht ein halbes Jahr die richtige Taktik verfolgt haben, aber das Ganze immer so weiterzumachen und nicht irgendwann umzudrehen, das finde ich hoch gefährlich. Das, was die EZB inzwischen treibt, das ist doch nicht in Ordnung. Zu dem Hinweis von Herrn Pargent, dass bei uns zu viel Geld herumliegt: Da muss ich schon sagen, wir werfen den Banken vor, dass sie zu risikobewusst sind, dass sie beim Geldausgeben zu scheu vorgehen. Die Politik der EZB mag für die Südländer funktionieren, aber sie passt überhaupt nicht auf Deutschland.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ja, alles klar. – Ich muss leider aus verschiedenen Gründen alle drei Anträge ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Kaltenhauser, Sie fragen, warum es hier nur einen Prüfauftrag gibt. Die Antwort ist sehr einfach: weil wir als Bayerischer Landtag keinerlei Gesetzgebungskompetenz haben, um den Sparern zu helfen, allenfalls Haushaltsgesetzgebungskompetenz, aber auf diese Haushaltsanträge bin ich gespannt.

Die Ursache für das Dilemma, das wir hier diskutieren, ist die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Deswegen bin ich schon einigermaßen entsetzt darüber, dass die SPD in ihrem Dringlichkeitsantrag die Europäische Zentralbank für ihre Politik geradezu lobt. Man sollte vermuten, dass die Herren Tsipras und Varoufakis bei euch in Bayern einen Mitgliedsantrag gestellt haben.

(Harald Güller (SPD): Wer profitiert denn wirtschaftlich? Die Bundesrepublik!)

Der Grund dieser Geldpolitik der EZB ist die Staatsschuldenkrise von Ländern, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, namentlich Griechenland, die man niemals in den Euro hätte aufnehmen dürfen. Die EZB hat dadurch eine faktische Transferunion geschaffen. Wenn Sie sagen, den Euro würde es nicht mehr geben, dann sage ich: Das, was die Europäische Zentralbank hier gemacht hat, hat den Euro keineswegs sicherer, aber die deutschen Sparer ärmer gemacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Unser Antrag verfolgt drei Ziele:

Erstens, Einschränkung von Negativzinsen auf gesetzlich legaler Grundlage, zweitens, Schutz von Sparkassen und Genossenschaftsbanken, drittens, Schutz der Altersvorsorge.

Wenn Sie jetzt tatsächlich auf Bundesebene einer europäischen Einlagensicherung und damit einer Vergemeinschaftung von Schulden und damit einer weiteren Schwächung des Sparkassen- und Genossenschaftssektors das Wort reden, dann muss ich Sie fragen – da schaue ich Herrn Kollegen Güller an –, ob wir aus dem Thema BayernLB bzw. aus der Krise 2008/2009 nicht gelernt haben, dass uns in dieser Wirtschaftskrise unser Sparkassen- und Genossenschaftsbereich geholfen hat, diese Krise durchzustehen. Die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken wollen wir ebenso wenig opfern wie unsere Sparer. Das haben sie nicht verdient. Deswegen haben wir diesen Antrag eingebracht. Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu handeln.

(Harald Güller (SPD): Nummer zwei, Spiegelstrich eins des SPD-Antrags!)

Deswegen sollten Sie diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst in einfacher Form über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN auf Drucksache 18/4953 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/4972 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und

Plenk. Enthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung in namentlicher Form zum Antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/4973. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 23:44 bis 23:49 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden ausgezählt.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich darf bekannt geben, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/4954 mit 18/4956 in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen werden.

Ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Wir fahren in der Debatte fort. Wir haben noch zwei Tagesordnungspunkte, zwei Anträge der AfD-Fraktion. Zu beiden Anträgen ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

(Unruhe)

Wenn Sie etwas ruhiger sind und sich alle wieder hinsetzen, können wir in der Tagesordnung fortfahren, sodass wir noch in den neuen Tag hinein sitzen werden.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Zeit, wir können bis weit über Mitternacht hinaus tagen.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor dem nächsten Redner gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und anderer und Fraktion (AfD) betreffend "Schutz für Sparer in Deutschland – Erlittene Verluste durch negative

Zinsen als besondere Werbungskosten qualifizieren", Drucksache 18/4973, bekannt: Mit Ja haben 18, mit Nein haben 153 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.11.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion AfD; Schutz für Sparer in Deutschland - Erlittene Verluste durch negative Zinsen als besondere Werbungskosten qualifizieren (Drucksache 18/4973)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes		X	
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael		X	
Celina Kerstin		X	
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian		X	
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)		X	
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli	X		
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Dr. **Huber** Marcel		X	
Dr. **Huber** Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut		X	
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans		X	
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	18	153	1